und wenn bei dem, was erst noch folgt, wenn bei jeder Zollerhöhung, bei jedem Sozialabbau und bei jedem Panzerkreuzer eine erneute Diskussion unten einsetzt, wenn sich da jedesmal ein heftigerer Oppositionssturm unter unseren Mitgliedern und kleinen Funktionären erhebt." In der Tat wo sollte der Parteivorstand dann hinkommen? Auf den Schindanger der Geschichte, zu dem die Entwicklung die SPD, die Partei des Polizeisozialismus und Panzerkreuzerbaues verurteilt hat. Die SPD-Führung versucht, wie jede reaktionäre Kraft, freilich, das Unvermeidliche aufzuhalten.

Der Parteivorstand sieht sich somit vor die Aufgabe gestellt, erstens, die gegenwärtige Oppositionswelle der sozialdemokratischen Arbeiter aufzufangen und versanden zu lassen, zweitens aber darüber hinaus, um den auf die kommenden Verrätereien zu erwartenden Empörungsstürmen von vornherein so weit als möglich vorzubeugen, eine möglichst große Zahl von Mitgliedern auf den Kurs der Zusammenarbeit mit dem Kapital stärker einzustellen, gegen Bedenken möglichst immun zu machen. Der SPD-Parteivorstand legt es darauf an, einmal die rebellierenden, nach links strebenden SPD-Arbeiter einzuschläfern, aber nicht nur das allein, sondern zugleich auf weitere Sicht hin zu versuchen, die Köpfe der Mitgliedschaft soweit als möglich sozialfaschistisch zu verseuchen.

Diese Absicht datiert nicht von heute; sie kam auch in Kiel und Magdeburg deutlich zum Ausdruck und ihre Methoden (von der dummdreisten Demagogie des Tages über das olle Mätzchen vom „kleineren Uebel" bis zur Untermauerung des Arbeiterverrats durch antimarxistische Theorien wie die des „organisierten Kapitalismus", der „Wirtschaftsdemokratie), sind auch nicht neu. Aber diesmal, angesichts der weiteren Verschärfung der Klassengegensätze, angesichts z. B. der Oldenburger Wahlen, bei der die SPD seit September 1930 fast 9000 Stimmen = 13 Prozent verloren hat, angesichts der zahlreichen Uebertritte zur KPD, hat es der Parteivorstand **besonders schwierig und besonders dringend** und deshalb hat er gerade Sachsen, dessen SPD-Organisationen in der Mitgliedschaft als Domäne der „linken" SPD-Führer gelten, für den Parteitag gewählt.

Die SPD-Führer der sächsischen Bezirke sind von Wels ausersehen, in großem, ja entscheidendem Maße an dem Versuch der Einschläferung der radikalisierten, nach links marschierenden SPD-Arbeiter und an einer konsequenten, weitsichtigen Sozialfaschisierung breiterer Teile der Mitgliedschaft mitzuwirken. Wahrhaftig, wenn irgend jemand, sind die sächsischen SPD-Führer in der bunten Vielfalt, die ihre Phraseologie heute darbietet, besonders geeignet dazu.

Einerseits haben ihre bisherigen radikalen Phrasen viele sozialdemokratische Arbeiter getäuscht und ihnen noch ein gewisses Vertrauen bewahrt, zugleich aber geht die Führung der sächsischen SPD-Bezirke jetzt (gezwungen durch die schärferen wirtschaftlichen und politischen Angriffe des Kapitals, an das die „Linken" ebenso gebunden sind wie die Rechten) immer offener nach rechts. Ihre Praxis wird immer reaktionärer, wie ihre Abwürgung der Lohnkämpfe, ihre Unterstützung der Schieck-Regierung, der Filiale Brünings u. a. m. beweisen. Sie müssen ferner, weil der Widerspruch zwischen Phrasen und Praxis zu groß wird, auch ihre Phraseologie etwas einschränken und sich auch in der Form der Demagogie, im Betrug vom kleineren Uebel und in den „Theorien" Tarnows und Breitscheids dem Parteivorstand offener annähern.

Dazu kommt, daß dieser Rechtsmarsch der SPD-Führer Sachsens nicht in einer ausgerichteten Linie erfolgt. Die früher einheitlich als „links" bezeichneten Sachsen haben sich vielmehr in etwa vier hintereinander marschierende Trupps „gegliedert": am phrasenradikalsten sind die Zwickau-Plauener (Seydewitz, Zweiling), dann folgen, immer als Nuancierung in der Phrase, die Chemnitzer (Böchel), hernach nach einem größeren Abstand die Dresdner (Arzt, Weckel, Edel) und sofort darauf die Leipziger (Saupe, Lipinski, Fleißner), die bereits hundertprozentig offen mit dem Parteivorstand durch dick und dünn gehen.

Dieser letzten Gruppe wegen ist der Parteitag nach Leipzig gelegt worden. Die einst „linken" und heute unverhüllt mit Wels übereinstimmenden Leipziger SPD-Führer sollen erstens die Richtigkeit der Verratspolitik des Parteivorstandes demonstrieren und zweitens dabei die anderen drei sächsischen Gruppen in Abstufung mitwirken lassen.

An die Leipziger offen rechten werden sich die Dresdner „Linken" anschließen, an diese die Chemnitzer „Etwas-„Linken" und am Schlusse die Zwickauer „Etwas-mehr-Linken". Den Letzten werden freilich die Hunde ein wenig beißen und Wels und Seydewitz werden mitbeantwortet werden, also Wels und Seydewitz werden miteinander ein Geplänkel aufführen. Da aber Tarnow, Wels und Breitscheid die radikale Phrase auf dem Parteitag besonders kräftig handhaben und andererseits Böchel und Seydewitz die „Einheit der Partei" in allen Tonarten predigen wollen und die Leipziger Führung ihrer Rolle gemäß demonstrieren wird, so erhofft der Parteivorstand im Resultat: den Parteitag in Leipzig zu einem Mittel der Dämpfung der radikalisierten SPD-Arbeiter und zum neuen Ausgangspunkt der sozialfaschistischen und sozialpatriotischen Verseuchung möglichst breiter Teile der Mitgliedschaft zu machen.

In dieser Rechnung des Herrn Wels stimmt alles, was ihn selbst, was die Referate Tarnows, Breitscheids, Ollenhauers betrifft und alles, was sich auf die Leipziger SPD-Führung und die „linken" Helden bis Seydewitz bezieht, wird so ziemlich klappen. Nur eines nicht: die Hoffnungen des Parteivorstandes, soweit sie sich auf die sozialdemokratischen proletarischen Mitglieder und Anhänger erstrecken, werden sich nicht erfüllen. Es ist festzustellen, daß kürzlich gerade in Leipzig die Masse der SPD-Mitglieder gegen die Saupe-Lipinski demonstrierte, allerdings noch unklar und auf falscher Linie, als sie Engelbert Graf, der sich „links" gegenüber der Leipziger Führung drapierte, mit den meisten Stimmen zum Parteitag delegierten. Doch die Klärung schreitet weiter fort. So wird bekannt, daß jetzt in einem einzigen Stadtteil Leipzigs 12 SPD-Arbeiter zur KPD übergetreten sind und die Hamburger Konferenz der SPD-Arbeiteropposition hat besonders in Leipzig und Sachsen größtes Interesse und Widerhall bei den sozialdemokratischen Arbeitern gefunden. Leipzig wird ein Markstein werden — für den Niedergang des Sozialpatriotismus und Sozialfaschismus, für die Zersetzung der SPD und Liquidierung ihres Einflusses in den Massen, für die rote Einheitsfront von unten und für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die revolutionäre Partei!

Kämpferin und Freidenkerbuch verboten

SPD-Polizeipräsidenten als Organe des Papsttums und des Kulturfaschismus

Berlin, 16. Mai. (Eig. Bericht.)

Am vergangenen Freitag um 18 Uhr erschienen Kriminalbeamte in der Verlagsanstalt der proletarischen Freidenker und beschlagnahmten die noch vorhandenen Exemplare der Kampfschrift gegen Papst-Enzyklika und § 218 „Seid fruchtbar und mehret euch" unter Vorzeigung der von Grzesinski, dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, persönlich unterzeichneten Polizeiverfügung, wonach die Freidenkerbroschüre auf Grund der Notverordnung eingezogen werden soll.

*

Berlin, 16. Mai. (Eig. Bericht.)

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitung hat der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski das Organ der arbeitenden Frauen Deutschlands, die „Kämpferin", mit sofortiger Wirkung bis zum 15. Juni 1931 verboten. Als Verbotsgrund gibt der sozialdemokratische Polizeipräsident an, daß in einem Artikel unter der Ueberschrift „Papst gegen notleidende Frauen" eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts beschimpft worden sei. Unter Beschimpfung versteht der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski u. a. Feststellungen, die schon seit Jahrzehnten, ja sogar seit Jahrhunderten gemacht wurden. Diese sind im Deutschland der „freien Demokratie" nicht mehr statthaft und unterliegen dem Verbot der sozialdemokratischen Schutzengel der katholischen Kirche.

Eine gute Lehre nicht nur für revolutionäre Arbeiterinnen, sondern auch für die Frauen innerhalb der SPD. Nicht nur heraus aus der Kirche, sondern auch heraus aus der Sozialdemokratischen Partei, der Partei der Konkordate und Kirchenverträge!

*

Wie gemeldet, erhielt Genosse Schneller am Sonnabend wieder 3 Monate Gefängnis. Im Laufe der vergangenen Wochen und Monate hat nunmehr Genosse Schneller wegen Pressevergehens insgesamt 20½ Monate Gefängnis zudiktiert bekommen! Diese unhörten Strafen charakterisieren nicht nur die deutsche Klassenjustiz im Kampf gegen die kommunistische Presse, sondern auch die sozialdemokratischen Immunitätsbrecher, die in allen Fällen der Aufhebung der Immunität kommunistischen Abgeordneten ihre Zustimmung gaben. Man muß hier nun noch hinzufügen, daß alle nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und Redakteure zusammengenommen nicht solche hohen Gefängnisstrafen erhalten haben wie allein unser Genosse Schneller. Das ist auch ein Kommentar zur Notverordnung.

BL Sachsen zum 11. Ekki-Plenum

Dresden, 16. Mai.

Am Sonnabend tagte die engere Bezirksleitung der KPD, Bezirk Sachsen. Nach dem Referat des Gen. Selbmann über das 11. Ekki-Plenum und Diskussion, an der sich 12 Genossen beteiligten, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die engere BL stellt sich vollinhaltlich auf den Boden der Resolution des 11. Plenums des Ekki und verpflichtet die gesamte Parteiorganisation des Bezirks Sachsen zur Durchführung der in der Resolution des 11. Plenums, sowie vom ZK der KPD gestellten Aufgaben. Insbesondere gilt dies für die Organisierung von Wirtschaftskämpfen, in erster Linie des Metallarbeiterkampfes in Sachsen und der bevorstehenden Kämpfe im Bergbau und in der Textilindustrie. Die BL erkennt vor allen Dingen an die Notwendigkeit des schärfsten Kampfes gegen den rechten und „linken" Opportunismus in der Praxis und Ueberwindung aller Schwächen der Parteiarbeit und die stärkste Konzentration der Partei auf die Großbetriebe. Die BL verpflichtet daher die gesamte Parteiorganisation zur ernsten Aktivität und zur Erfüllung der vom 11. Plenum gestellten Aufgaben."

*

Die BL beschloß ferner, einen **Appell an die gesamte Mitgliedschaft** zu richten, sofort überall **Solidaritätsausschüsse** zu schaffen zur **Unterstützung des Kampfes der Metallarbeiter.**

Verbot des „Klassenkampf" aufgehoben

Halle, den 17. Mai.

Auf die Beschwerde der Verlagsleitung des Klassenkampf in Halle wurde das Verbot mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Obzwar der Klassenkampf mit derselben Begründung verboten wurde, wie Rote Fahne, Volksmacht und Sächsische Arbeiterzeitung, ist von der Aufhebung des Verbotes für die letztgenannten Blätter noch nichts bekannt. Die Aufhebung des Verbotes demonstriert, wie fadenscheinig und an den Haaren herbeigezogen die „Begründung" des Verbotes war.

Gefreite der Reichswehr verhaftet

Hannover, den 17. Mai.

In der Fahrabteilung 6 der in Hannover stationierten Reichswehr wurden 2 Gefreite verhaftet mit der Begründung, kommunistische Literatur unter die Soldaten verteilt zu haben. Weiter sollen sie die Organisierung kommunistischer Zellen vorgenommen haben. Die Verhaftung erregte außerordentliches Aufsehen.

Grauenhaftes Elend!

Der Deutsche Städtetag teilt mit: In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern mußten von den Wohlfahrtsämtern Ende April 750 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend unterstützt werden. Hiervon erhielten rund 65 000 Fürsorgearbeit. **Gegen den Vormonat** ist damit eine **weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen um rund 40 000, d. h. um 5,4 Prozent** zu verzeichnen, die sich teils aus der Aussperrung aus der Krisenfürsorge am 28. März, teils aus der sich ständig verschärfenden strukturellen Einengung des Arbeitsmarktes erklärt.

Wer kauft Berlin?

Nach der Bewag soll Gas und Verkehr verramscht werden

Mit der Verschacherung der Bewag für einen Spottpreis an das internationale Bankkapital ist der Ausverkauf der Stadt Berlin an das Privatkapital eingeleitet worden. Nach den Mitteilungen des staatsparteilichen Bürgermeisters Dr. Elsaß soll jetzt in aller Ruhe der Verkauf der Gaswerke vorbereitet werden. Es wird beabsichtigt, die Gaswerke für ca. 150 Millionen Mark an das internationale Bankkapital zu verkaufen.

Weiterhin werden schon alle Vorbereitungen zum Verkauf der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft getroffen. Der sozialdemokratische Verkehrsdirektor Brolat der BVG führte in einer Aufsichtsratssitzung aus, daß es untragbar sei, daß nahezu die Hälfte des Ueberschusses der BVG für Löhne und Gehälter verausgabt würden.

Dazu kommt noch folgendes: Der preußische Finanzminister und der sozialdemokratische Innenminister Severing haben in einem Runderlaß an die Kommunen unter dem 27. März 1931 gefordert, daß die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe stärker zur Entlastung der gemeindlichen Haushalte herangezogen werden sollen.

Weiter fordert Severing in seinem Erlaß, daß die Löhne und die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, sowie die Ruhegelder und Ruhelöhne für die städtischen Arbeiter herabgesetzt werden sollen. Desgleichen soll für die Angestellten und Beamten durch „Umgruppierung" ein Gehaltsabbau vorgenommen werden. Ferner fordert Severing, daß für die Fürsorgearbeiter der Lohn weiter abgebaut werden soll, vielmehr, daß sie zu einem möglichst niedrigen Tarif beschäftigt werden. Den Erwerbslosen soll die Unterstützung durch die Gemeinden weiter gesenkt werden. Zuwendungen dürfen durch die Gemeinden nicht mehr gewährt werden.

Die Stärke des Druckes der Massen zeigt sich am deutlichsten **auch in dem Versuch des bürgerlich-republikanischen** Klubs „Ateneo", **durch die Aneignung der kommunistischen** Forderungen die **Führung der Massenbewegung in die Hand zu bekommen.** Eine der Losungen lautet: **„Schaffung einer provisorischen Regierung der revolutionären Diktatur zur Ausrottung aller monarchistischen Herde"**, eine andere fordert: **„Beschlagnahme des Vermögens des Klerus, sofortige Trennung von Kirche und Staat"** und schließlich **wird die „Nationalisierung des Grundeigentums"** und „die Verteilung des Landes an die Bauern" verlangt. Die Aneignung dieser Forderungen zeigt die gewaltige Stärke des kommunistischen Einflusses auf die revolutionäre Volksbewegung. Die spanische Regierung hat im Ausland den ebenso lächerlichen wie vergeblichen Versuch gemacht, die Bewegung als angeblich „monarchistisch-kommunistisches Komplott" hinzustellen. **Durch die Ereignisse und Tatsachen wird dieser Schwindel selbst widerlegt.**

Das Thüringer Volksbegehren einen Schritt vorwärts

Das von der Kommunistischen Partei durchgeführte Volksbegehren zur Auflösung des Thüringer Landtages mobilisierte 45 725 Stimmen. Die notwendigen 107 000 Stimmen sind nicht erreicht, jedoch ist diese Volksbegehren-Kampagne mit zu einem wirksamen Mittel zur Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit geworden. Mit einem antifaschistischen Volkskongreß mit 1100 Delegierten, bei über 600 parteilosen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Delegierten, und 15 antifaschistischen Unterbezirkskonferenzen wurde diese Kampagne eingeleitet und durch 1500 öffentliche Versammlungen und Kundgebungen in 500 bis 600 Orten erweitert.

Dieses Ergebnis kam zustande, nachdem die Frick-Regierung während der Kampagne gestürzt und von einer Stahlhelmregierung abgelöst wurde. **Die SPD tolerierte diese Regierung und verschärfte damit ihren Kampf gegen die Volksbegehren,** wobei sie sich besonders der demagogischen Argumentation bediente, daß mit dem Sturze Fricks die faschistische Gefahr in Thüringen verschwunden ist. Diese 45 000 eingetragenen Stimmen wurden gegen den Druck der Agitation aller anderen Parteien aufgebracht. Ein durch die Naziregierung im schnelleren Tempo faschisierter amtlicher Verwaltungsapparat und die während der Kampagne eingeführte Notverordnung mit einer besonderen antikommunistischen Einführungsverordnung für Thüringen sorgten für einen heftigen **Terror gegen das Volksbegehren,** wo jeder trotz diesem Terror sich öffentlich in Polizeilokalen und beim Bürgermeister einzeichnen mußte. Wenn noch darauf hingewiesen wird, daß die **Kommunistische Partei dieses Volksbegehren in 1920 Orten Thüringens durchführen mußte, wo die KPD nur 220 Ortsgruppen hat,** dann kann man bei allen Schwächen in der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei nur sagen, **daß diese Kampagne das Vertrauen der KPD in allen Massen als Führerin der Werktätigen gestärkt hat.** Die gegenwärtige Politik der Baum-Kästner-Regierung und die Tolerierungspolitik der SPD sind es, die bereits jetzt den werktätigen Massen die Richtigkeit der kommunistischen Agitation bewußt werden lassen, daß diese Regierung die Frick-Politik fortführt und wir der einzige Führer des Volkssturmes für Arbeit, Brot und Freiheit sind.

Einzelergebnisse in Oldenburg

Stadt Oldenburg: **KPD 3366 (2282),** SPD [illegible] (6778), DVP 1887 (3082), D. Staatsp. 2632 (3606), NSDAP 10670 (8525), Wirtschaftsp. 986 (1606), Landvolk 96 ([illegible]), Chr.-soz. Volksd. 668 (691), Zentrum 1307 (1233), Dtn. [illegible] (1733). — Die Zahlen in ( ) sind die bei der letzten Reichstagswahl.

*

Im Landesteil Birkenfeld wurden von [illegible] Wahlberechtigten 23 587 gültige Stimmen abgegeben, das sind 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Folgendes Ergebnis wird gemeldet (in Klammern zuerst Landtag 1928, zweitens Reichstagswahl 1930): **Kommunisten 2303 (1637 bzw. 1883),** Sozialdemokraten 3719 (5006 bzw. 5385), Nationalsozialisten [illegible] ([illegible] bzw. 5945), Zentrum 3498 (3278 bzw. 3749), Landesblock (Dn. [illegible] D. Vp., Wirtschaftsp., Chr.-Nat. Bauernp., Kons.) [illegible] ([illegible] bzw. 7118), Staatspartei 336 (2011 bzw. 927).

*

Kreistagswahlen im Freistaat Danzig

Die gestrigen Kreistagswahlen im Gebiet des Freistaat Danzig. Bis jetzt liegen folgende Mandatsergebnisse vor. Kreis Großer Werder: KPD 3 (vorher 2), SPD 8 (9), Nazis [illegible] **(0), Zentrum 2 (3), Deutschnationale 3 (7), Block der nationalen Sammlung 3 (3). Kreis Danziger Niederung: KPD 3 (3), SPD 7 (7), Dtn. 3 (8), Nat. Block 2 (1),** Nazis [illegible] **Kreis Danziger Höhe: KPD 2 (2), SPD 8 (7),** Zentrum **4 (5), Nat. Block 1 (2), Dtn. 3 (7), Nazis 5 (0),** Polen 1 [illegible]